



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

vor Ihnen liegt der vierte „Monika Griefahn MdB Newsletter“.

Zur Halbzeit der Wahlperiode habe ich eine kleine Bilanz der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Bundesregierung gezogen. Sie findet sich in diesem Newsletter.

Ich wünsche wiederum eine spannende Lektüre!

Ihre

## In dieser Ausgabe

- > Gewerbesteuerereinnahmen legen erfreulich zu: Entlastung der Kommunen durch Bundesregierung zeigt spürbare Wirkung S. 9
- > Halbzeit ! - Zur Mitte der Wahlperiode zieht Monika Griefahn eine Bilanz über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und der rot-grünen Regierungskoalition. S. 10
- > Und was will die CDU? S. 11
- > Aktuelle Link-Tipps S. 12

## In dieser Ausgabe

- > Aktuelle Termine S. 1
- > Monika Griefahn mit Halbzeitaktion im Wahlkreis präsent S. 2
- > DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars ? (Veranstaltung mit dem Spiegel-Redakteur Gabor Steingart am 2. November 2004) S. 2
- > Heijer besuchten den Bundestag S. 3
- > Monika Griefahn informierte in Soltau S. 3
- > Monika Griefahn bei der AG 60 plus in Schwarmstedt S. 3
- > Monika Griefahn und Norbert Stein eröffneten Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in der Buchholzer Stadtbücherei S. 4
- > Monika Griefahn informierte sich in Tostedt: Ganztagschule an der Hauptschule S. 4
- > Patienten diskutierten mit Experten zur Gesundheitsreform S. 5
- > „15. Tag der Deutschen Einheit, Monika Griefahn wurde 50“ - Monika Griefahn feierte 50. Geburtstag im Filmmuseum Bendestorf S. 6
- > Biografische Informationen über Monika Griefahn MdB S. 6
- > Deutsche Welle ist für die Zukunft bestens gerüstet S. 7
- > Kulturauftrag der „Ersten Reihe“ muss auch weiterhin erfüllt werden S. 8
- > Austauschprogramme fördern Wirtschaft und friedliches Miteinander S. 8

## Aktuelle Termine

| Datum | Zeit  | Thema                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Ort                                                               |
|-------|-------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|
| 1.11. | 19:00 | Thema: „Wird unser Gesundheitssystem nur schlecht geredet?“ Die Gesundheitssysteme anderer Länder im Vergleich. Vortrag und Diskussion mit Günter Danner, stellv. Direktor der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung. Monika Griefahn wird teilnehmen. Veranstaltung der SPD-Walsrode. | Stadthalle Walsrode                                               |
| 1.11. | 20:00 | Ortsvereinsversammlung SPD Bad Fallingbostal. Informationsabend zu Hartz IV mit Monika Griefahn.                                                                                                                                                                                                   | Restaurant „Mediterran“, Bad Fallingbostal, Kirchplatz            |
| 2.11. | 20:00 | „DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars ? - Perspektiven für unsere Zukunft“, Autorenlesung und Diskussionsveranstaltung mit dem SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart                                                                                                                             | Aula des Albert-Einstein-Gymnasiums, Schaftrift 1, 21244 Buchholz |
| 3.12. | 20:00 | Vortrag Monika Griefahn „Soziale Gerechtigkeit“, im Rahmen der Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms                                                                                                                                                                                       | Kartoffelkeller, im Rathaus Neu Wulmstorf                         |
| 6.12. | 14:00 | Vortrag von Monika Griefahn bei den Landfrauen Lkr. Harburg zu den Arbeitsmarktreformen                                                                                                                                                                                                            | NN                                                                |
| 7.12. | 19:30 | Öffentliche Fraktionssitzung mit der Bürgerunion in Soltau, Informationen zu aktuellen politischen Themen                                                                                                                                                                                          | Altes Rathaus, Soltau, Sitzungssaal                               |

## Monika Griefahn mit Halbzeitaktion im Wahlkreis präsent

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn war jetzt mit einer „Halbzeitaktion“ im Wahlkreis präsent. Zur Mitte der Wahlperiode zog Monika Griefahn eine Bilanz über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und der rot-grünen Regierungskoalition.

An den Bahnhöfen Buchholz und Winsen sowie auf einem Infostand auf dem Wochenmarkt Neu Wulmstorf verteilte Monika Griefahn mit den jeweiligen SPD-Ortsvereinen SPD-Äpfel und eine kurze „Halbzeit-Bilanz“ zur Bundespolitik. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten die Möglichkeit, mit Monika Griefahn ins Gespräch zu kommen und über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Monika Griefahn: „Die Infostände hatten eine recht positive Resonanz. Die SPD ist wieder im Aufwind. Auch wenn es immer noch einige Unzufriedenheit in der Bevöl-

kerung gibt, setzt sich doch mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass die von der Bundesregierung angepackten Reformen richtig sind. Mehr Geld für Forschung und Bildung, mehr Ganztagschulen und Kindertagesstätten, eine konsequente Politik für Familien und Kinder, die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik und die zum Teil schmerzhaften, aber notwendigen Arbeitsmarktreformen entfalten nun langsam ihre Wirkung und finden eine immer bessere Resonanz.“



In Stelle referierte sie zum Thema „Auf dem Weg zum aktiven Sozialstaat - die Hartz-Reformen“. Durch die Reformen am Arbeitsmarkt sollen neue Beschäftigungsmöglich-

keiten geschaffen werden. Im Einzelnen ging es um das Arbeitslosengeld II, die Arbeit von Personalserviceagenturen, um Ich-AGs und Minijobs. Monika Griefahn stellte die Reformen am Arbeitsmarkt zunächst in einen Gesamtzusammenhang eines sich verschärfenden globalen Wettbewerbs und einer alternierenden Gesellschaft. Dann machte sie deutlich, dass sich bisherige erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in Zukunft in aller Regel besser stehen, wenn sie Arbeitslosengeld II erhalten, weil unter anderem das Schonvermögen größer ist. Im Anschluss an den Vortrag gab es eine lebhaft Diskussion, bei der sich einige Betroffene gegen die Einführung des Arbeitslosengeldes II aussprachen, andere Diskussionsteilnehmer mit Blick auf die europäischen Nachbarstaaten die Reformen dagegen unterstützten.



*Die Fotos zeigen Monika Griefahn bei der Verteilaktion am Bahnhof Winsen mit Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Winsen und auf dem Wochenmarkt Neu Wulmstorf mit örtlichen Genossinnen und Genossen.*

## DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars ?

Veranstaltung mit dem Spiegel-Redakteur Gabor Steingart am 2. November 2004

„DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars ? - Perspektiven für unsere Zukunft“: Dies ist das Thema einer Autorenlesung und Diskussionsveranstaltung mit dem SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart. Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn wird Herr Gabor Steingart am Dienstag, den 2. November 2004, ab 20:00 Uhr in der Aula des Albert-Einstein-Gymnasiums, Schaftrift 1, 21244 Buchholz zu Gast sein.

Der Eintritt zu der Veranstaltung ist übrigens kostenlos. Schon seit geraumer Zeit steht das Buch „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“ des Spiegel-Redakteurs Gabor Steingart auf den Bestsellerlisten. Steingart, Leiter des Hauptstadtbüros des SPIEGELS, analysiert in seinem Buch die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg und setzt sich kritisch mit der gegenwärtigen Situation Deutschlands auseinander: hohe

Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wachstum, Globalisierung und eine immer stärker alternde Gesellschaft. Gibt es Wege aus der Misere ?

Monika Griefahn: „Ich freue mich, dass Herr Steingart am 2. November in Buchholz sein Buch vorstellen wird und anschließend Raum für Diskussionen mit Bürgern, Eltern, Lehrern und insbesondere Schülern ist. Wir brauchen einen konstruktiven Dialog, um Perspektiven für unsere Zukunft zu entwickeln.“



*Das Foto zeigt den Spiegel-Redakteur Gabor Steingart.*

## Heidjer besuchten den Bundestag



Am 28. und 29. September besuchte eine Gruppe politisch Interessierter auf Einladung von Monika Griefahn Berlin und absolvierte dort ein eng gestricktes Besuchsprogramm, das rund um die Politik viele Informationen bot. Monika Griefahn

konnte die Gruppe bei der Ankunft in der Niedersächsischen Landesvertretung begrüßen und hatte gleich viele Fragen zu ihrer politischen Arbeit zu beantworten. Über die Arbeit der Landesvertretung informierte eine Mitarbeiterin. Beein-

druckt waren die Heidjer vom Besuch des Bundesrates. Im Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung informierte ein redegewandter Reinländer auf lockere Art und Weise über ein vielschichtiges Thema: die Gesundheitsreform. Die Zeit dort verging wie im Fluge. Bei einem Abendessen während einer Spreefahrt vermittelte der Fremdenführer an Bord viele Eindrücke über all das, was die Besucher aus Niedersachsen vom Wasser aus sehen konnten. Im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erhielten die Besucher einen Einblick in die Arbeit und nutzten die Gelegenheit, sich mit viel Informationsmaterial einzudecken.

Eine Stadtrundfahrt führte am letzten Tag durch das „politische Berlin“ und danach stand der Besuch einer Plenarsitzung auf dem Programm. Mit einem Blick von der Kuppel des Reichstages verabschiedete sich die Gruppe aus Berlin. Am liebsten würden sie alle im nächsten Jahr wieder eine solche Informationsfahrt mitmachen – doch leider ist das nicht möglich, denn jeder soll nur einmal die Gelegenheit erhalten. Sie haben aber in ihren Bekanntenkreis so begeistert davon erzählt, dass es viele neue Anmeldungen gab und die Fahrt im nächsten Jahr schon fast ausgebucht ist.

## Wichtige Informationen von Monika Griefahn erhalten

Monika Griefahn beim OV Soltau im Roten Bahnhof



Der SPD-Ortsverein Soltau hatte die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn am 5. Oktober in den „Roten Bahnhof“ eingela-

den, um sich von ihr über die aktuellen Reformen informieren zu lassen. Fragen gab es reichlich, denn die Ortsvereinsmit-

glieder und ihre Gäste hatten sich auf dieses Gespräch vorbereitet. Monika Griefahn ging zu Beginn auf die sich ändernden Rahmenbedingungen in der Gesellschaft ein. Als Resultat habe man darauf reagieren müssen, hob sie hervor. Besonders wichtig sind ihr die Investitionen in Bildung und Ausbildung, damit Deutschland mit anderen Ländern Schritt halten könne. „Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kinder und Enkel gut ausgebildet werden und im Wettbewerb bestehen können. Deutschland darf im internationalen Vergleich

nicht hintern runterfallen, weil andere Länder inzwischen gezielt in Bildung und Wissenschaft investieren.“ Pflegegesetz, Änderungen bei der Rente, Gesundheitsreform und letztlich die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sorgten für einen lebhaften Austausch. Es gibt neue Informationsbroschüren zu den Themen Rente und Handreichungen zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die beim Wahlkreisbüro von Monika Griefahn angefordert werden können.

## Monika Griefahn informierte bei AG 60 plus in Schwarmstedt



Bei den Senioren der AG 60 plus in Schwarmstedt am 5. Oktober informierte Monika Griefahn vor allem ausführlich über das Alterseinkünftegesetz, denn es herrscht bei vielen Senioren große Verunsicherung: Muss ich

meine Rente jetzt versteuern? Hier konnte Klarheit geschaffen werden und es war gut, dass Ängste ausgeräumt werden konnten. Auch auf die Krankenversicherung und damit zusammenhängende Probleme wur-

de eingegangen. Am Ende der Versammlung freute sich Monika Griefahn sehr über einen Blumenstrauß, den ihr Klaus Haeuser nachträglich mit herzlichen Glückwünschen zu ihrem 50. Geburtstag überreichte.

## Monika Griefahn und Norbert Stein eröffneten Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in der Buchholzer Stadtbücherei



*Monika Griefahn mit dem Buchholzer Bürgermeister Norbert Stein in der Stadtbücherei Buchholz*

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn und der Buchholzer Bürgermeister eröffneten jetzt die Ausstellung „Deutscher Bundestag – unsere Abgeordneten“.

Die Ausstellung ist vom 4. bis zum 8. Oktober in der Buchholzer Stadtbücherei zu sehen. SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn freute sich in ihrer Eröffnungsansprache darüber, dass es ihr gelungen sei, „diese Ausstellung nach Buchholz zu holen“. Sie gab auch einen kurzen Einblick in

ihre Arbeit als Abgeordnete und die Tätigkeit des Bundestages. Außerdem richtete Monika Griefahn die Grüße ihres Abgeordneten-Kollegen Michael Große-Brömer aus, der den gleichen Wahlkreis für die CDU vertritt. Bürgermeister Norbert Stein forderte in seinem Grußwort die Bürger auf, sich die Schau nicht entgehen zu lassen. „Die Menschen werden von ihr profitieren.“ Er freue sich, dass viele Schüler diese „einzigartige Schau“ besuchen. „Wir wollen in direktem Dialog die parlamentarischen Prozesse transparent und auf die Arbeit des Bundestages neugierig machen“, beschreibt Heribert Molitor, Öffentlichkeitsarbeiter des Bundestages, Sinn und Zweck der Schau, die seit 1990 regelmäßig in

den 299 Wahlkreisen der Republik gezeigt wird. Molitor, der täglich in der Wanderausstellung präsent ist, führt diesen Dialog bereits seit Freitagabend: Kaum war der Aufbau abgeschlossen, wanderten bereits erste Besucher der Stadtbücherei durch die Schau.

Mit der Resonanz ist Molitor denn auch von Anfang an hoch zufrieden. „Mehr als zehn Schulklassen haben sich angemeldet“, sagt Molitor. Und nicht nur der Besucherandrang freut ihn, auch das Ambiente der Buchholzer Stadtbücherei hat es ihm angetan: Für ihn ist sie „einer der schönsten Veranstaltungsorte“, in denen die Schau bisher zu sehen war.

## Monika Griefahn informierte sich in Tostedt: Ganztagsschule an der Hauptschule



Schulleiter Rainer Dern (links) informierte die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn sowie die parlamentarische

Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frau und Jugend über die

Ganztagsschule an der Hauptschule Tostedt. Die Ganztagsschule in Tostedt ist aus einem mehrjährigen Projekt mit besonderer Förderung der Schülerinnen und Schüler entstanden. Sozialarbeiterin Sina Brandt und Sonderpädagoge Gerd Schwarzer (rechts im Bild) stellten ihre Arbeitsschwerpunkte im vor. Gemeinsam mit Ruth Zuther, Vorsitzende des Samtgemeinde-Schulausschusses sowie des Kreis-Sozialausschusses, war man sich einig, dass Förderung und Betreuung der Kinder nicht erst mit sechs Jahren beginnen

sollte, sondern so früh wie möglich. Sina Brandt und Gerd Schwarzer berichteten über ihre intensive Arbeit mit den Kindern, in die sie auch die Familien einbeziehen. Auch mit den örtlichen Vertretern der Jugendhilfe bestehen gute Kontakte. Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel war ebenso wie Monika Griefahn sehr beeindruckt von dem umfassenden Ganztagsschul-Konzept und wollte es als beispielhaft mit in ihren Wahlkreis Halle nehmen. „Eine solche Arbeit erhöht die Bildungschancen für die Kinder.“

## Patienten diskutierten mit Experten zur Gesundheitsreform



Auf einer gut besuchten Podiumsveranstaltung im Tostedter "Meierhof" diskutierten (auf dem Foto von links) Herr Pelz von der Barmer Ersatzkasse, Herr Dr. Hennecke, Facharzt für Allgemeinmedizin, und Monika Griefahn, Bundestagsabgeordnete, über erste Erfolge der Gesundheitsreform. Die Diskussionsleitung hatte Margarete Ziegert aus Jesteburg, Vorsitzende der AG SPD 60 plus im Landkreis Harburg. Die anwesenden Zuhörer meldeten sich in der sich anschließenden Diskussion zu den Themenbereichen der Experten als Patienten zu Wort und es fand ein interessanter Informationsaustausch statt. Von den Podiumsteilnehmern ergriff Monika Griefahn als erste das Wort und stellte die Erfolge der Gesundheitsreform heraus, wie z.B. die Einsparungen im Jahre 2004 von 2,5 Milliarden bei den Krankenkassen. Damit sei das Ziel, die

Lohnnebenkosten zu senken, erreicht. "Anstatt der 10,- Euro Praxisgebühr (dieses Modell entstand durch einen Kompromiss mit der CDU), müsse für die Zukunft das "Hausarztmodell" gestärkt werden, um insbesondere Doppeluntersuchungen zu vermeiden. Dieses gilt auch für die Einrichtung von Gesundheitszentren, wo zur Erleichterung der Patienten mehrere Arztpraxen "unter einem Dach" zu erreichen sind. Herr Pelz von der Barmer Ersatzkasse geht davon aus, dass in diesem Jahr insgesamt mit Einsparungen von 3,6 Milliarden bis Jahresende zu rechnen ist. 300 Millionen von den erzielten Überschüssen werden bei der Barmer Ersatzkasse benötigt, um Defizite (Schulden) abzubauen. Neu angelaufen ist die sog. "Integrierte Versorgung", d.h. von der Diagnose bis zur Nachsorge ist eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Ärzte in Absprache mit dem Patienten erfor-

derlich. Dazu gehört auch eine hohe Qualitätssicherung, aber eine Verwaltungskostenenerhöhung lässt sich u.U. nicht vermeiden. In bezug auf die demografische Entwicklung gibt es nach wie vor keine Prognosen auf die zukünftige Kostenentwicklung. Aus der Sicht der Barmer Ersatzkasse hat Prävention einen hohen Stellenwert im Gesundheitswesen. Deshalb gibt es einen umfangreichen Katalog über präventive Maßnahmen, erhältlich in den Geschäftsstellen der Barmer Ersatzkasse, Fazit des bisherigen Verlaufs der Gesundheitsreform: "Nicht nur positiv, denn die bisherigen Änderungen können nur ein erster Schritt sein, weitere müssen folgen", so die Bewertung von Herrn Pelz, Geschäftsführer der Barmer Ersatzkasse. Herr Dr. Hennecke, Facharzt für Allgemeinmedizin in Winsen, stellt die Sinnhaftigkeit einer Gesundheitsreform keinesfalls in Frage; allerdings müsste die Verteilung anders sein. "Die Rahmenbedingungen der Politik sind so nicht umsetzbar", so Dr. Hennecke. Hier sind Nachbesserungen dringend erforderlich, denn wenn leitliniengerechte Behandlungen durchgeführt würden, wären sofort alle Beteiligten pleite. Viele Veränderungen sind mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden, wenn man allein an die

Entrichtung der Praxisgebühr denkt, die in den Arztpraxen erfolgt. "Das Versorgungsprinzip können Ärzte bei dem jetzigen System kaum noch einhalten", so Dr. Hennecke. Auf Prävention setzt auch Dr. Hennecke, denn es kann nicht sein, dass 73 Milliarden Euro für übergewichtige Menschen ausgegeben werden, während Kurse für Ernährungsberatung und sportliche Betätigung nicht in dem Maße in Anspruch genommen werden, wie es für manchen Einzelnen nötig wäre. Hier ist die Eigenverantwortung der Patienten gefragt. Über drei Dinge herrschte auf dem Podium Einvernehmen: die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu drosseln, Eigenverantwortung zu forcieren und die demografische Entwicklung stärker in den Vordergrund zu rücken. In der sich anschließenden Diskussion wurden viele Fragen aus dem Publikum durch die Experten fachgerecht beantwortet. Auch die Veranstalter, Margarete Ziegert, AG SPD 60 plus, und der SPD-Ortsverein Tostedt, vertreten durch den stellv. Vorsitzenden Reinhard Hinrichs, und Hanscarl Hoffmann, Seniorenbeauftragter für Tostedt, zeigten sich zufrieden mit dieser informativen Veranstaltung.



*Margarete Ziegert moderierte die Veranstaltung.*

# „15. Tag der Deutschen Einheit, Monika Griefahn wurde 50“

Monika Griefahn feierte 50. Geburtstag im Filmmuseum Bendestorf

Am Sonntag, den 3. Oktober 2004, feierte die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn jetzt ihren 50. Geburtstag. Monika Griefahn hatte aus diesem Anlass enge Freunde und Weggefährten zu einem Kleinen Kulturfest ins Filmmuseum Bendestorf eingeladen.

Zur Kultur trugen auf der Feier bei:

- der SPD-Unterbezirksvorsitzende Klaus-Dieter Feindt mit einer humorvollen plattdeutschen Rede,

- der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Jüttner mit einem politischen Rückblick auf Monika Griefahns Vita,

- Tochter Stella Griefahn (Querflöte) und Schwester Sonja Griefahn (Saxophon) mit einem Musikstück,

- Schwester Sonja Griefahn (Saxophon) und Lebensgefährte Wolfgang Meinert (Klavier und Gesang) mit dem Stück „Take five“ und einem französischen Chanson über Monika Griefahn

- sowie Hans Scheibner mit politischem Kabarett.

Der Pianist und Dirigent Justus Frantz wollte ursprünglich kommen, musste aber leider kurzfristig absagen. Der Herausgeber und frühere Staatsminister für Kultur und Medien Michael Naumann war ebenfalls verhindert, trug aber eine charmante und pointierte Rede bei, die von der Kulturredakteurin Katharina Felixmüller verlesen wurde.

Monika Griefahn erhielt zahlreiche Gratulationen von Freunden, Bekannten und Weggefährten sowie als Gemeinschaftsgeschenk eine Ballonfahrt für die ganze Familie und ein Frühstücksgeschirr für das Berliner Büro. Ihre Mitarbeiter schenkten ihr drei Fotoalben als kleine Dokumentation ihres Wirkens in den letzten Jahren.

Nach dem Kleinen Kulturfest im Filmmuseum feierte Monika Griefahn dann noch am Nachmittag mit ihren Verwandten im engen Familienkreis.



*Das Gruppenfoto vor dem Filmmuseum Bendestorf (Makens-Huus) zeigt (v.l.n.r.): Ehemann Prof. Dr. Michael Braungart, Kabarettist Hans Scheibner, SPD-Landesvorsitzender Wolfgang Jüttner, Tochter Stella Griefahn mit Hund Max, Monika Griefahn MdB, Jonas Griefahn MdB und Sonja Griefahn, eine Schwester von Monika Griefahn, die auf der Geburtstagsfeier Saxophon spielte. Nicht auf dem Foto ist Tochter Nora, die zurzeit bei einem Sprachenaufenthalt bei Gasteltern in Frankreich ist.*



*... mit Hans Scheibner*



*... mit Wolfgang Jüttner*

## Biografische Informationen über Monika Griefahn MdB

Geboren wurde Monika Griefahn am 3. Oktober 1954 in Mülheim-Ruhr. Monika Griefahn ist verheiratet mit dem Chemiker Prof. Dr. Michael Braungart und hat drei Kinder: Jonas (16), Nora (12) und Stella (8). Von 1961 bis 1965 besuchte Monika Griefahn zunächst die Grundschule Mülheim-Ruhr, von 1965 bis 1973 dann das städtische neusprachliche Gymnasium Luisenschule, Mülheim-Ruhr. Nach dem Abitur 1973 studierte Monika Griefahn von 1973 bis 1979 Soziologie und Mathematik in Göttingen

und Hamburg und schloss als Diplom-Soziologin ab. Parallel zum Studium leitete sie von 1973-1983 beim Deutsch-Französischen Jugendwerk Seminare der Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland und Frankreich für Gewerkschaften und Kirchenorganisationen. Von 1980 bis 1982 war sie Bildungsreferentin beim CVJM Hamburg. Als Mitbegründerin und Co-Geschäftsführerin von Greenpeace Deutschland e.V. organisierte sie von 1980 bis 1983 unter anderem Kampagnen gegen die chemische Ver-

schmutzung der Nordsee (Dünnsäureverklappung) und andere Formen der chemischen Umweltverschmutzung. Von 1984 bis 1990 war sie als erste Frau bei Greenpeace International Mitglied des internationalen Vorstands, leitete den Aufbau neuer Büros in Europa, Lateinamerika und in der ehemaligen Sowjetunion und war verantwortlich für Aus- und Fortbildung. 1990 holte der damalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder Monika Griefahn als parteilose Umweltministerin in sein Ka-

binett. 1992 wurde Monika Griefahn Mitglied der SPD, und war danach ab 1994 zusätzlich Landtagsabgeordnete mit dem Wahlkreis Hildesheim. In ihrer Zeit als niedersächsische Umweltministerin hat Monika Griefahn sich besonders für den Naturschutz und den Trinkwasserschutz stark gemacht. Die Nationalparke Harz und Niedersächsisches Wattenmeer sowie das Biosphärenreservat Elbtalaue sind zu einem Gutteil ihr Verdienst. Als niedersächsische Umweltministerin wehrte sich Monika Griefahn vehem-

ment dagegen, Niedersachsen mit dem Atom-müllendlager Schacht Konrad bei Salzgitter und dem Zwischen- und End-lager Gorleben zum A-tomklo Deutschlands zu machen, und setzte sich für die Abschaltung des Atomkraftwerkes in Stade sowie den Ausstieg aus der Atomenergie ein. In der Abfallpolitik gelang es Monika Griefahn, zahlreiche noch von der CDU-Landesregierung vor 1990 geplante, teure und überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen zu verhindern und stattdessen das „Vermeiden, Vermindern, Verwerten“ zu fördern. Ein Baustein dafür sind die mechanisch-biologischen Müllverwertungsanlagen wie Lüneburg sie betreibt. Bei den Bundestagswahlen im September 1998 gelang es Monika Griefahn, mit beachtlichem Stimmenzugewinn im Wahlkreis „Landkreis Harburg“ erstmals das Direktmandat für die SPD zu holen. 2002 verteidigte sie dann das Direktmandat im vergrößerten Wahlkreis „Soltau-Fallingb. – Winsen L.“. Seither ist sie für die Landkreise Harburg und Soltau-Fallingb. mit Ausnahme der Elbmarsch, Hanstedt, Salzhausen und

Munster zuständig und in dem großen Wahlkreis viel zwischen Hamburg und Hannover unterwegs. Als Mitglied des Deutschen Bundestages ist Monika Griefahn seit dem Jahr 2000 die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien. Außerdem ist sie stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Verbraucherschutz und Landwirtschaft. Im Kulturausschuss und im Auswärtigen Ausschuss hat sie neben ihren parteiübergreifenden Funktionen als Vorsitzende die Funktion der Berichterstatterin für Auswärtige Kulturpolitik (Goethe Institute, Deutsche Welle, Auslandschulen, Wissenschaftsaustausch) und ist im Auswärtigen Ausschuss zuständig für die deutsch-französischen Beziehungen und die internationale Umweltpolitik. Vor 2000 war sie Sprecherin der SPD-Fraktion für die Vereinten Nationen (Oktober 1998 bis Oktober 1999) und Sprecherin der SPD-Fraktion für Kultur und Medien (Oktober 1999 bis Juli 2000). Daneben ist Monika Griefahn stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Französischen

Parlamentariergruppe und Mitglied der deutschen OSZE- und IPU-Parlamentarierdelegation. Neben diesen parlamentarischen Funktionen hat sie folgende weitere Aufgaben übernommen: Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates der Deutschen Welle, Mitglied im Kuratorium der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, Mitglied der deutschen UNESCO-Kommission, Mitglied im Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft, Mitglied in Vorstand und Jury des „Right Livelihood Award Foundation, Stockholm (Alternativer Nobelpreis, ehrenamtlich) und stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates der F.C. Flick - Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz (ehrenamtlich).

In ihrem gesamten Wahlkreis setzt sich Monika Griefahn seit langem ein. Im Landkreis Harburg setzt sie sich für die Förderung von Tourismus und Naherholung, für die Harburger Lernwelten und für verschiedene Verkehrsprojekte wie die Ortsumgehung B 75 neu Dibbersen bei Buchholz und das 3. Gleis zwischen

Stelle und Lüneburg ein sowie auch erfolgreich für den Lärmschutz an Bahnstrecken z.B. in Stelle, Jesteburg und Buchholz. Etliche für den Landkreis Harburg bedeutsame Verkehrsprojekte konnten zwischenzeitlich in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. 1998 konnte Monika Griefahn die von der CDU schon beschlossene Schließung der Zivildienstschule Buchholz verhindern. Im „Aktionskreis Gesicht zeigen!“ engagiert sie sich gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Monika Griefahn ist stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Landkreis Harburg. Im Landkreis Soltau-Fallingb. setzt sie sich für die Einrichtung einer BAB-Abfahrt bei Scharl und für den 6-streifigen Ausbau des 30 km langen Teilstücks der A 7 zwischen der Anschlussstelle Soltau-Ost und dem Autobahndreieck Walsrode ein. Die Versorgung mit Postdienstleistungen im ländlichen Raum ist ihr ein wichtiges Anliegen: Problemfälle im Landkreis Soltau-Fallingb. verfolgt sie konsequent. Sie setzt sich für Ganztagsbeschulung ein sowie ein erweitertes Krippenangebot.

## Deutsche Welle ist für die Zukunft bestens gerüstet

### Neues Gesetz einmalig in der Medienlandschaft

Monika Griefahn, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien und Berichterstatterin der SPD-Fraktion zum heute im Bundestag einstimmig verabschiedeten DW-Gesetz: „Die heutige Debatte hat es noch einmal an den Tag gebracht: Wir haben mit der Verabschiedung der Novelle des DW-Gesetzes eines der modernsten Rundfunkgesetze geschaffen. Es versetzt den Sender in die Lage, nach den Regeln des neuen Gesetzes nicht

mehr nur ein reiner Nachrichtensender zu sein – was sie eigentlich ohnehin nicht ist -, sondern es trägt dazu bei, im Austausch mit den Hörern, Zuschauern oder Online-Nutzern ein Forum des Dialogs in, über und mit Deutschland zu sein. In seinen Schlussberatungen hat sich der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages einhellig dafür ausgesprochen, dass, ich zitiere, „... die seit 1999 praktizierte Mittel-

zuweisung an die Deutsche Welle zur Selbstbewirtschaftung in Zukunft weiterhin durchgeführt ... und Planungssicherheit für die Deutsche Welle hergestellt ...“ wird. Nur dies, ich betone das, wird der rundfunkrechtlichen Stellung der Deutschen Welle gerecht! Die Deutsche Welle wird künftig ihre Aufgabenplanung Regierung, Parlament und Öffentlichkeit vorlegen und in ein transparentes Konsultations-

verfahren mit den Verfassungsorganen eintreten. Dieses neue Beteiligungsverfahren wird uns im nächsten Jahr das erste Mal beschäftigen. Darin liegt für alle Seiten die große Chance, das Verhältnis zwischen Sender, Parlament, Regierung und Öffentlichkeit auf neue Füße zu stellen. Wir werden hier eine neue Qualität der Zusammenarbeit bekommen, die richtig und wichtig ist.“

# Kulturauftrag der „Ersten Reihe“ muss auch weiter erfüllt werden

Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ist der wichtigste deutsche Kulturpreis

Monika Griefahn, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, äußert sich zu der Entscheidung, die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels nicht live im ersten Programm der ARD zu übertragen:

„Die Entscheidung, die diesjährige Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels

am 10. Oktober 2004 aus der Frankfurter Paulskirche erstmals nicht im ersten Programm der ARD zu übertragen, finde ich befremdlich. Dass durch diese Entscheidung die Sendeplätze des Sonntagsprogramms wie die „Sendung mit der Maus“ und der „Presseclub“ vor Programmänderungen geschützt werden sollten, ist mir unverständlich. Der Friedenspreis des

Deutschen Buchhandels als für mich wichtigster Kulturpreis in Deutschland verdient einen hervorragenden Sendeplatz „in der ersten Reihe“. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der seit dem 1. Oktober 2004 geltenden Leitlinien, nach denen die ARD ihrem Kulturauftrag in besonders engagierter Weise nachkommt. Das kann ich nicht erkennen, solange

Sendungen auf angestammten Sendeplätzen wegen vermeintlich wichtiger Sportübertragungen ausfallen, kulturell bedeutende Ereignisse hingegen nicht übertragen werden. Ich dränge deshalb darauf, dass die Verleihung des Friedenspreises im nächsten Jahr wieder dort übertragen wird, wo sie hingehört, nämlich im ersten Programm der ARD.“

## Austauschprogramme fördern Wirtschaft und friedliches Miteinander

Hochschultagung in der Zivildienstschule Buchholz vom 8. bis 10. Oktober 2004

45 Studenten diskutierten auf der diesjährigen bundesweiten Hochschultagung der Otto Benecke Stiftung (OBS e.V.) über internationale Austauschprogramme und Perspektiven eines deutsch-russischen Jugendaustauschs. Gastreferentin war die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn. Sie betonte die Bedeutung von Austauschprogrammen für Friedenssicherung, Wirtschaft und Politik. An den deutsch-französischen Austauschprogrammen hätten seit Abschluss des Elysée-Vertrages vor 40 Jahren etwa 7 Millionen Menschen teilgenommen. Wichtige Wirtschaftsunternehmen wie Airbus

seien aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit hervorgegangen. Deutschland und Frankreich seien heute Motor der Europäischen Union. Zum deutsch-russischen Jugendaustausch, der auf Initiative von Gerhard Schröder und Vladimir Putin vorbereitet wird, teilte Monika Griefahn mit, dass es keinen Staatsvertrag, sondern eine Stiftung geben werde, die aus staatlichen und privaten Mitteln finanziert werde. Besonders Interesse zeigten Studenten daran, sich an binationalen kulturellen Aktivitäten und an der Organisation von Austauschpraktika zu beteiligen. „Welchen Beitrag können unsere Studenten,

von denen viele in Russland aufgewachsen sind, zum Gelingen des deutsch-russischen Jugendaustauschs leisten?“ fragte Diskussionsleiter Dr. Reuter. Den Studenten empfahl Monika Griefahn, zunächst in den Kommunen aktiv zu werden. Der Austausch müsse alle gesellschaftlichen Gruppen einbinden. Die Erfahrungen zeigen, dass Austauschprogramme dann besonders erfolgreich sind, wenn Kommunen mit ihren vielfältigen Ebenen von Vereinen, über Verwaltung bis zur Wirtschaft aktiv in Austausch treten. Städtepartnerschaften waren in der Vergangenheit das vielleicht erfolgreichste Modell. „Wenn Sie zu

Ihrer Heimatstadt oder Ihrer Hochschule in Russland noch Kontakt haben, werden Sie aktiv. Sprechen Sie Ihre Gemeinde an, vielleicht auch den Bürgermeister, und versuchen Sie, diese für Ihre Idee zu begeistern. Persönliche Kontakte von Menschen, die in den Kulturen beider Länder zuhause sind, eröffnen Erfolg versprechende Perspektiven.“

Anmerkung: Die Otto Benecke Stiftung e.V. berät und fördert im Auftrag der Bundesregierung Studenten und junge Akademiker, die als Spätaussiedler, Asylberechtigte oder jüdische Migranten in Deutschland leben.



*Monika Griefahn erläutert Vladimir Ostapenko aus Kasachstan Details zum Entwurf des „Deutsch-Russischen Jugendaustausches“. Ostapenko ist Student der Elektrotechnik an der TU HH-Harburg*



*Studenten, die am Seminar der Otto-Benecke-stiftung teilgenommen haben*

## Gewerbesteuereinnahmen legen erfreulich zu: Entlastung der Kommunen durch Bundesregierung zeigt spürbare Wirkung

„Die Gewerbesteuereinnahmen legen im Landkreis Harburg in vielen Kommunen erfreulich zu“, so kommentiert die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn die neuesten Zahlen über das Gewerbesteueraufkommen der niedersächsischen Städte und Gemeinden. Die Gemeinden und Städte im Landkreis Harburg verzeichneten im ersten Halbjahr 2004 Gewerbesteuer-Einnahmen in Höhe von rund 21,3 Millionen Euro. Im ersten Halbjahr 2003 waren es noch knapp 13,6 Millionen Euro. Das sind demnach gut 7,7 Millionen Euro mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass das Gewerbesteueraufkommen generell recht unstet ist und in einzelnen Gemeinden sehr von der Situation einzelner Gewerbebetrie-

be abhängig ist. Auch wenn man das Gewerbesteueraufkommen der Vorjahre betrachtet, geht es mit der Gewerbesteuer im Landkreis Harburg wieder aufwärts: Im Jahr 2000 betrug das Gewerbesteueraufkommen im Landkreis Harburg noch rund 27,5 Millionen Euro, 2001 waren es 26,4 Millionen Euro, 2002 nur 23,2 Millionen Euro und 2003 waren es 24,0 Millionen. 2004 sind es jetzt allein schon im 1. Halbjahr 21,3 Millionen Euro. Diese erfreulichen Zahlen teilte das Niedersächsische Landesamt für Statistik jetzt der heimischen SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn auf deren Anfrage hin mit. Monika Griefahn führt den mit 56,6 % bemerkenswerten hoch ausfallenden Einnahmewachstum der Kommunen im Landkreis Harburg im 1. Halbjahr

2004 auch auf Beschlüsse des Bundes zurück: Insbesondere die Absenkung der Gewerbesteuerumlage und die Einschränkung der Verrechnbarkeit von Unternehmens-Verlusten mit Unternehmens-Gewinnen (so genannte Mindestgewinnbesteuerung) hätten dafür gesorgt, dass den Städten und Gemeinden seit Beginn des Jahres deutlich mehr Geld aus der Gewerbesteuer zugeflossen sei als im Vorjahres-Vergleich. Dies spiegelt sich auch darin, dass bis auf wenige Ausnahmen nahezu im ganzen Landkreis Harburg ein Einnahmen-Zuwachs aus der Gewerbesteuer zu verzeichnen sei. Monika Griefahn geht davon aus, dass dieser Positiv-Trend im weiteren Verlauf des Jahres 2004 anhalten und am Jahresende ein deutli-

ches Plus gegenüber dem Vorjahresergebnis festzustellen sein wird. Monika Griefahn sieht in der aktuellen Entwicklung nicht zuletzt eine klare Bestätigung dafür, dass der von der Regierungs-Koalition in Berlin durchgesetzte Weg einer Stärkung der Gewerbesteuer als einer eigenständigen Finanzquelle der Kommunen richtig und erfolgreich ist. CDU und CSU hatten sich im Gegensatz dazu dafür eingesetzt, die Gewerbesteuer zu streichen. Monika Griefahn: „Auch im Interesse der Städte und Gemeinden im Landkreis Harburg war und ist es gut, dass dieser Irrweg nicht beschritten wurde.“ Mit den Einnahmewachstums würden sich vor Ort wieder mehr und dringende benötigte Spielräume für Investitionen eröffnen.

## Gewerbesteuereinnahmen der westdeutschen Städte und Gemeinden steigen überwiegend

### Hintergrundinformationen

Daten aus dem Bundesfinanzministerium zeigen, dass die Gewerbesteuer-einnahmen der westdeutschen Städte und Gemeinden im ersten Halbjahr 2004 um 11,6 Prozent gestiegen sind. Die niedersächsischen Kommunen profitieren mit einem Zuwachs von 25,6 Prozent sogar weit überdurchschnittlich. Das entspricht einer absoluten Steigerung von 235

Millionen Euro. Gründe hierfür sind zum einen die langsam einsetzende konjunkturelle Erholung, zum anderen aber auch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der kommunalen Finanzsituation. Die Ende letzten Jahres ergriffenen steuerlichen Maßnahmen, vor allem die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, zeigten nun ihre Wirkung, so Mo-

nika Griefahn. In 2005 sollen bundesweit sogar über 3 Milliarden Euro Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer erzielt werden. Eine weitere finanzielle Entlastung tritt für die Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) ein. Ab dem nächsten Jahr sollen dadurch weitere 2,5 Milliarden Euro Entlastungsvolumen für die Städte

und Gemeinden auftreten. Voraussetzung hierfür ist, dass die Länder Einsparungen beim Wohngeld an die Kommunen weitergeben, wie es im Vermittlungsausschuss vereinbart wurde. Das Entlastungsvolumen von damit insgesamt 5,5 Milliarden Euro kommt den Kommunen dann dauerhaft zugute.

# Halbzeit !

Zur Mitte der Wahlperiode zieht Monika Griefahn eine Bilanz über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und der rot-grünen Regierungskoalition.

## Die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik

Noch 1998 betrug der Eingangssteuersatz in Deutschland fast 26 Prozent – wir haben ihn auf 16 Prozent gesenkt; ab 2005 beträgt er nur noch 15 Prozent. Noch 1998 betrug der Spitzensteuersatz in Deutschland volle 53 Prozent – wir haben ihn auf 45 Prozent gesenkt; ab 2005 beträgt er nur noch 42 Prozent. Der Grundfreibetrag als steuerfreier Teil des Einkommens wurde von 6.322 Euro auf 7.625 Euro erhöht. Ab 2005 zahlt jeder vierte Bürger in Deutschland keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr. So muss eine Familie mit zwei Kindern im Jahr 2005 erst dann Steuern zahlen, wenn ihr Bruttoeinkommen 37.540 € übersteigt. 1998 musste diese Familie mit diesem Einkommen noch 2.924 € Steuern zahlen. Wir haben gegen die Union eine Mindestgewinnbesteuerung für Großunternehmen durchgesetzt. Wer Gewinne macht, kann nicht mehr (wie Vodafone) Verlufterträge vollständig gegenrechnen, sondern muss wenigstens 40 Prozent der Gewinne versteuern. Insgesamt haben wir 80 Steuerschlupflöcher geschlossen. Die Millionäre in Bad Homburg, in Starnberg und in Hamburg-Blankenese können sich nicht mehr arm rechnen. Diese Leute zahlen heute wieder Steuern! Es bedeutet, dass dieser von uns durchgesetzte Aufbruch in der Steuerpolitik allen nützt – vielen aber ganz besonders. Überdurchschnittlich entlastet werden nämlich die Ar-

beitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit kleinen oder mittleren Einkommen, die Familien mit Kindern sowie die kleinen und mittleren Betriebe. Ihnen vor allem bleibt deutlich mehr Netto vom Brutto im Geldbeutel als zur Zeit Helmut Kohls.

## Die notwendigen Arbeitsmarktreformen haben wir angepackt

Mit der Verwirklichung der Hartz-Reformen haben wir innerhalb eines Jahres die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte unserer Republik durchgesetzt und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Mit der Unterstützung von Existenzgründern durch die „Ich-AG“ eröffnen wir neue Wege in die Selbständigkeit. Mit den neuen Mini- und Midi-Jobs haben wir attraktive und erfolgreiche Lösungen für Jobs mit geringer Stundenzahl entwickelt. Wir bauen die Bundesagentur für Arbeit zu einem aktiven Dienstleister um, für den die Arbeitssuchende Kunden auf gleicher Augenhöhe sind. Mit der Einrichtung von Job-Centern bieten wir klar strukturierte Hilfe aus einer Hand für alle Arbeitslosen. Wir ersetzen die ineffiziente Doppelseiten der beiden steuerfinanzierten Systeme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe durch eine neue einheitliche Grundsicherung für Arbeitslose. Damit bekommen endlich auch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger Zugang zu allen Leistungen der Arbeitsämter. 2003 haben sich 1,6 Millionen Menschen selbständig gemacht – mit Hilfe der

Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben. Rund ein Drittel von ihnen war vorher arbeitslos. Arbeitslose werden künftig bei der Agentur für Arbeit durch Fallmanager unterstützt. Ein Fallmanager soll künftig für 75 Arbeitslose verantwortlich sein. Diese günstige Relation soll so schnell wie möglich erreicht werden. Heutzutage ist eine individuelle Betreuung bei mehreren hundert „Fällen“ pro Sachbearbeiter kaum möglich. Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geraten. Deshalb erhält jeder junge Arbeitslose unter 25 Jahren künftig ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsstelle oder zumindest eine Maßnahme, die für die weitere berufliche Entwicklung förderlich ist. Wir wollen, dass auch die älteren Arbeitnehmerinnen ihren Platz im Arbeitsleben haben. Wir beenden daher den Irrweg, dass Unternehmen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Betrieb drängen.

## Die Wirtschaft voranbringen

Das wollen wir ändern und umsetzen :

- Förderung von jungen, technologieintensiven Unternehmen
- Erleichterung von Existenzgründungen durch schrittweise Reduzierung der Abgabenlast
- Anhebung des Anteils der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf über 3%.
- Stärkere Vernetzung aller Forschungsorga-

anismen (Cluster-Bildung)

Welches Ziel verfolgen wir damit? Deutschland soll bis zum Jahr 2010 wieder der Motor Europas und in Forschung und Bildung wieder Spitze sein. Deshalb schaffen wir in Deutschland eine Innovationskultur und investieren mehr in Bildung und Forschung, weil Wissen und Innovationen die Basis für Erfolge auf den Märkten von morgen, für nachhaltiges Wachstum und dauerhaften Wohlstand sind.

## Bildung und Forschung fördern

Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung seit 1998 Jahr für Jahr erhöht – von 7,3 Milliarden auf 9,7 Milliarden Euro 2004. Wir haben mit unserer großen Bafög-Reform von 2001 dazu beigetragen, dass mehr junge Leute studieren können. Der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist von 28,5 Prozent pro Altersjahrgang 1998 auf derzeit 35,6 Prozent gestiegen. Wir fördern schwerpunktmäßig die Forschungsbereiche mit den größten Potenzialen auch für wirtschaftliches Wachstum. Das sind heute die Informations-, Kommunikations-, Gesundheits- und Biotechnologien. Wir arbeiten an der Einführung nationaler Bildungs- und Leistungsstandards, die mit helfen können, das Leistungsniveau aller Schülerinnen und Schüler zu heben. Wir modernisieren und flexibilisieren die berufliche Bildung, damit Auszubildende und Unternehmen den Anforde-

rungen der Zukunft besser gerecht werden können. Wir haben erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik einen verbindlichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft geschlossen. Kein Jugendlicher darf nach der Schule in die Arbeitslosigkeit fallen.

### Politik für die Umwelt

Der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie ist geschafft. Regenerative Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Wasserkraft wird gefördert; 1 Million Arbeitsplätze sind im Umweltschutz entstanden. Wir sind Weltspitze bei Wind- und Sonnenenergie und Energieeffizienz.

### Politik für Familien und Kinder

Noch 1998 unterstützte der Bund die Familien mit 40 Milliarden Euro – im vergangenen Jahr waren es 60 Milliarden. Das ist ein Anstieg um die Hälfte innerhalb von fünf Jahren! Noch 1998 betrug das Kindergeld für das erste bis dritte Kind 112 Euro. Seit dem Jahr 2000 haben wir das Kindergeld auf 154 Euro pro Kind erhöht. Eine Familie mit drei Kindern erhält seitdem pro Jahr 1.512 Euro Kindergeld mehr als 1998. Jedes Kind braucht die bestmöglichen Lern- und Bildungschancen – von Anfang an und unabhängig

von seiner sozialen Herkunft. Das ist ein sozialdemokratisches Urthema seit mehr als 140 Jahren. Und es ist vielleicht die entscheidende Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts. Familie und Beruf müssen viel besser unter einen Hut zu bekommen sein. Auch deshalb braucht Deutschland mehr Ganztagschulen. Bis 2007 wendet der Bund allein hierfür 4 Milliarden Euro auf. Außerdem setzen wir auf den stetigen Ausbau qualitativ hochwertiger vorschulischer Betreuung in Krippe und Kindergarten. Das Angebot für Kinder bis zum 3. Lebensjahr ist mit 800 Krippen in Deutschland immer noch viel zu gering. Das will die SPD-Bundestagsfraktion ändern: Bis zum Jahr 2010 soll es in ganz Deutschland auch genügend Plätze für die Tagesbetreuung der ganz Kleinen geben. Der Bund entlastet Länder und Kommunen, so dass jährlich 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stehen.

### Kultur ist Lebensmittel

Und wir stärken die Kultur: Wir haben die Filmförderung erhöht und das Urheberrecht und Urhebervertragsrecht gestärkt.

### Eine solidarische Krankenversicherung für alle

Wir brauchen wieder mehr Zielgenauigkeit, mehr Sparsamkeit und mehr Effektivität in unserem Gesundheitssystem. Das sind die Ziele unserer Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung, die Anfang 2004 in Kraft getreten ist. Schon jetzt, nur wenige Monate später, ist völlig klar, dass die Gesundheitsreform wirkt: Bereits über 25 Millionen Versicherte profitieren von ersten Beitragssenkungen, und weitere Senkungen sind angekündigt. Zum ersten Mal seit zehn Jahren schreibt die Gesetzliche Krankenversicherung wieder schwarze Zahlen – ein wichtiger Schritt der Konsolidierung. Unter den Krankenkassen beginnt der Wettbewerb um bessere Leistungen bei günstigeren Beitragssätzen – den Vorteil davon haben die Versicherten.

### Die Rente sichern

Nur durch den solidaren Beitrag von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Rentnern werden wir die Alterssicherung stabilisieren: In Zukunft wird der Anstieg der gesetzlichen Renten geringer ausfallen müssen. Deshalb haben wir schon 2002 mit großem Erfolg die „Riester-Rente“ als staatlich geförderte

kapitalgedeckte Ergänzung der gesetzlichen Rente eingeführt. Mit dem „Renteneinkünftegesetz“ werden wir die zusätzliche Altersvorsorge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig weiter erleichtern. Die Beiträge in die Rentenversicherung werden ab 2005 schrittweise nicht mehr steuerlich belastet. Umgekehrt werden die Rentenzahlungen – nach langer Übergangsfrist – in vollem Umfang zu versteuern sein. Die Renten von Durchschnittsverdienern bleiben dabei auf lange Sicht steuerfrei; heutige Rentner sind hiervon nicht betroffen. Mit der Einfügung des so genannten Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel berücksichtigen wir die Veränderungen im Zahlenverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Rentnern. So können wir den Beitragssatz langfristig stabil halten. Nicht das gesetzliche Eintrittsalter in die Rente muss schrittweise ansteigen, wohl aber das tatsächliche – von derzeit 60 auf 63 Jahre. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen in Deutschland viel stärker als bisher die Chance bekommen, mit ihrer Qualifikation und Erfahrung beruflich aktiv zu bleiben. Deshalb bauen wir Anreize zur Frühverrentung ab.

## Und was will die CDU?

■ Die CDU will eine Gesundheitsreform mit einer Kopfpauschale. Nach den Vorstellungen von Frau Merkel sollen alle für die gesetzliche Krankenversicherung das Gleiche zahlen – der Manager genau soviel wie der Hausmeister. Die CDU will die soziale Schieflage, zu der die Kopfpauschale führt, durch einen steuerfinanzierten „Sozialaus-

gleich“ abfedern. Um diesen zu finanzieren, werden pro Jahr rund 27 Milliarden Euro zusätzliche Steuern benötigt. Woher dieses Geld kommen soll, verschweigt die Union.

■ CDU / CSU versprechen mit ihrem „Konzept 21“ weitere Steuer-senkungen, die Bund, Länder und Gemeinde mindestens weitere 16 Milliarden Euro jährlich

kosten würden. Woher dieses Geld kommen soll, verschweigt die Union. Erhöhung der Staatsverschuldung? Höhere Mehrwertsteuer für alle Verbraucher?

■ Die CDU will die Arbeitnehmerrechte in Deutschland aushebeln. Es zeigt sich immer mehr: Es ist gut, dass wir regieren. Kündigungsschutz, Tarifautonomie und Ar-

beitnehmerrechte sind bei uns in guten Händen.

■ Angela Merkel wollte eine Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg. Deutschland hätte sich höchst wahrscheinlich an einem völkerrechtswidrigen Krieg beteiligt und deutsche Soldaten wären in den Irak geschickt worden, wäre die CDU/CSU an der Regierung gewesen.

# Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

| Internetadresse                                                                                                                      | Erläuterung                                                                                                                                                                                                      |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <a href="http://www.monika-griefahn.de">www.monika-griefahn.de</a>                                                                   | Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb.ostel |
| <a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>                                                                                           | Internetangebot der Bundes-SPD                                                                                                                                                                                   |
| <a href="http://www.spd-niedersachsen.de">www.spd-niedersachsen.de</a>                                                               | Internetangebot der Landes-SPD                                                                                                                                                                                   |
| <a href="http://www.spdfraktion.de">www.spdfraktion.de</a>                                                                           | Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010 |
| <a href="http://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de">www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de</a>                                     | Die SPD-Landesgruppe: die Internetseite der 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion                                                                                        |
| <a href="http://www.die-gesundheitsreform.de">www.die-gesundheitsreform.de</a>                                                       | Aktuelle Informationen zur Gesundheitsreform vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung                                                                                                          |
| <a href="http://www.programmdebatte.spd.de">www.programmdebatte.spd.de</a>                                                           | Information zur Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms                                                                                                                                                    |
| <a href="http://www.arbeitsmarktreform.spd.de">www.arbeitsmarktreform.spd.de</a>                                                     | Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD                                                                                                                                            |
| <a href="http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/-9757/Agenda-2010.htm">www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/-9757/Agenda-2010.htm</a> | Agenda 2010 – alle Reformen im Überblick, Informationen von der Bundesregierung                                                                                                                                  |
| <a href="http://www.buergerversicherung.spd.de">www.buergerversicherung.spd.de</a>                                                   | Informationen zur Bürgerversicherung von der SPD                                                                                                                                                                 |
| <a href="http://www.demografische-forschung.org">www.demografische-forschung.org</a>                                                 | Informationen zur Bevölkerungsentwicklung vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock                                                                                                           |

## Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke  
 Platz der Republik, 11011 Berlin  
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus  
 Tel: (030) 227-72425 / 26  
 Fax: (030) 227-70125  
 Email: [monika.griefahn@bundestag.de](mailto:monika.griefahn@bundestag.de)

## Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann  
 Brauhoofstraße 1,  
 21423 Winsen/Luhe  
 Tel: (04171) 780171  
 Fax: (04171) 780172  
 Email: [monika.griefahn@wk.bundestag.de](mailto:monika.griefahn@wk.bundestag.de)

## Büro Lkr. Soltau-Fallingb.ostel

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele  
 Uppen Drohm 19,  
 29643 Neuenkirchen  
 Tel: (05195) 5050  
 Fax: (05195) 5052  
 Email: [sfa@monika-griefahn.de](mailto:sfa@monika-griefahn.de)